

Ansprechpartner:
Kris Kunst
kriskunst@gmail.com
Tel. 0163-6297138
www.wisozial2030.de



Pressemitteilung 01.03.2018 (15:40 Uhr) Sofort veröffentlichbar

Wiesbaden – Modellstadt für einen gebührenfreien ÖPNV?! *„Innenstadt-Bewohner und Diesel-Fahrer nicht gegeneinander ausspielen!“*

Die neue Wiesbadener Initiative WISOZIAL2030, die sich für die sozialen Rechte aller Menschen in Wiesbaden einsetzt, nimmt Stellung zum aktuellen Abgas-Skandal und den drohenden Fahrverboten. Sie plädiert für konsequente Maßnahmen der Politik: Gefordert wird eine zügige kommunale Verkehrswende zu Gunsten der Innenstadtbewohner sowie die komplette Entschädigung aller betrogenen Dieselfahrer auf Kosten der betrügenden Autokonzerne.

WISOZIAL unterstützt Innenstadt-Bewohner

Gerade im Bereich innerhalb des 2. Rings leben viele Menschen mit mittleren und unteren Einkommen. Ihr Recht, in einer sauberen Umgebung zu leben, wird schon seit Jahren mit Füßen getreten: Insbesondere der Auto- und LKW-Verkehr verstopft den öffentlichen Raum, sorgt für einen permanenten Lärm-Teppich und vergiftet die Luft. Ungezählte Erkrankungen und Todesfälle sind die Folge. Gleichzeitig leiden alle Menschen, die kein eigenes Auto besitzen, unter einer eingeschränkten Mobilität – u.a. durch einen stark verbesserungsbedürftigen und teuren ÖPNV. WISOZIAL begrüßt ausdrücklich Teile des Sofortprogramms, das OB Gerich und Verkehrsdezernent Kowol verkündet haben. Die Initiative fordert darüber hinaus, dass die aktuelle Diskussion dazu genutzt werden muss, eine grundlegende Verkehrswende einzuleiten, die zugleich eine „Sozialwende“ ist: Nicht nur Diesel, sondern auch andere Autos und LKWs müssen schrittweise aus der Stadt innerhalb des 2. Rings verbannt werden. Dabei muss es selbstverständlich Ausnahmegenehmigungen für alle Fahrzeuge geben, die für wichtige Dienstleistungen nötig und kurzfristig nicht ersetzbar sind (wie Polizei, Feuerwehr, Busse usw.). Um dabei die Mobilität aller Menschen, auch der heutigen Autofahrer, zu sichern, ist der ÖPNV im großen Stil auszubauen (inkl. der Möglichkeit, Lasten zu transportieren) und deutlich günstiger zu gestalten. Bis 2030 könnte Wiesbaden sogar eine autofreie Innenstadt mit einem gut ausgebauten, ticketlosen ÖPNV haben, wenn jetzt die Weichen richtig gestellt werden. Hierfür fordert WISOZIAL die Stadtspitze auf, sich bei der Bundesregierung mit Nachdruck dafür zu bewerben, dass Wiesbaden eine der geförderten Modellstädte für einen ticketfreien ÖPNV

wird. „Die Stadt Tübingen, die sich gerade jetzt für dieses Programm bewirbt und in der samstags bereits jeder ohne Ticket den Bus nutzen kann, macht vor, wie man es richtig macht!“ merkt Sascha Schmidt, DGB-Kreisvorsitzender und Mitgründer der Initiative, an.

Wlsozial unterstützt Diesel-Fahrer

Gleichzeitig wendet sich Wlsozial dagegen, einzelne Gruppen der Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen: Auch die heutigen Auto- und LKW-Fahrer haben ein Recht auf gute Mobilität. Viele Selbständige und Unternehmer sind heute auf ihre Dieselfahrzeuge angewiesen. Es darf nicht sein, dass die Kosten von systematischem Betrug der Autokonzerne sowie jahrzehntelangem Versagen der Verkehrspolitik und Stadtplanung den Dieselfahrern aufgebürdet werden! „Wir finden es zudem unerträglich, dass der Staat 20 Jahre lang den Diesel als vermeintlich umweltfreundlich anpreist und subventioniert, und plötzlich werden alle Diesel-Fahrer in ihrer Mobilität drastisch eingeschränkt und durch den Wertverlust ihrer Fahrzeuge kalt enteignet“, beklagt Kris Kunst, Mitgründer von Wlsozial. Die Initiative fordert eine Verpflichtung der Autokonzerne durch den Staat: Diese müssten auf eigene Kosten Dieselfahrzeuge durch zusätzliche Hard- und Software auf den Stand bringen, dass diese die gesetzlichen Grenzwerte im Realbetrieb einhalten. Ist dieses nicht möglich und erleiden Fahrzeugbesitzer deutliche Wertverluste, bekommen die Eigentümer von Dieselfahrzeugen aller Generationen (auch Euro 5 und 6) das Recht, ihr Fahrzeug an die Hersteller zu verkaufen – zu einem marktüblichen Preis vor dem „Diesel-Skandal“. Dieses sei in Kanada und den USA üblich und angesichts von Zigmilliarden-Gewinnen der Konzerne in den letzten Jahren auch mehr als angemessen.

Dirk Vielmeyer, Kernteam-Mitglied von Wlsozial: „Wir fordern alle in Wiesbaden lebenden Politikerinnen und Politiker auf, sich zu diesen Forderungen zu positionieren und sie zu unterstützen. Wir werden die Antworten veröffentlichen.“ Zudem plant die Initiative, einen Bürger-Dialog zu der Thematik zu veranstalten.

Die neue Wiesbadener Initiative Wlsozial2030 versteht sich als Lobby für die Verwirklichung sämtlicher sozialer Rechte für alle in Wiesbaden lebenden Menschen. Bis 2030 soll Wiesbaden in dieser Hinsicht Vorbild für andere Städte werden. Wlsozial unterstützt sozial Engagierte und fordert von der Politik die Veränderung der Rahmenbedingungen, um soziale Belange zu finanzieren. Zu den sozialen Rechten zählen laut Wlsozial auch „gute, erschwingliche Mobilität auch ohne Auto“, „Leben in einem Umfeld, das nicht krank macht“ sowie auch den Schutz vor unerwarteten und plötzlichen Enteignungen, die die normale Lebensqualität einschränken.

Infos unter: www.wlsozial2030.de